

DIREKT

Information der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund



Fraktionsvorsitzender Norbert Schilff. Foto: SPD

Fahrverbote verhindern

Gemeinsames Vorgehen statt Flickenteppich - Automobilindustrie muss in die Pflicht genommen werden

Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig nimmt die Diskussion um Einfahrverbote von Dieselfahrzeugen in den Städten wieder Fahrt auf. Noch immer werden an einigen Messstellen entlang von stark befahrenen Straßen auch in Dortmund erhöhte Stickoxidwerte gemessen. Stickoxide belasten die Luft in diesen Bereichen und schaden massiv der Gesundheit. Insbesondere (ältere) Dieselfahrzeuge sind für einen Großteil des Stickoxidausstoßes verantwortlich.



Gerade Dieselfahrzeuge stehen aktuell wegen ihres hohen Ausstoßes an Stickoxiden in der Kritik. Foto: pixabay

DORTMUND. Das Gericht hat geprüft, ob den Städten und Kommunen ausreichende Regelungen zur Verfügung stehen, um auf die erhöhten Werte dauerhaft und effektiv reagieren zu können. Die Länder wurden vom Bundesverwaltungsgericht aufgefordert, den Kommunen über sogenannte Luftreinhaltepläne „verhältnismäßige“ Instrumente an die Hand zu geben, um gegen die Stickoxidbelastungen in den Städten angehen zu können.

„Über einen Antrag im zuständigen Planungs- und Umweltausschuss haben wir als

SPD-Fraktion bereits 2017 die Verwaltung und Bezirksregierung gebeten, Maßnahmen zur Reduzierung der Stickoxidbelastungen im Luftreinhalteplan aufzuzeigen. Mit dem Gerichtsurteil aus Leipzig wird das Land nun zum Handeln aufgefordert und muss die Luftreinhaltepläne

reinhaltepläne in NRW offensichtlich in drei Schritten abändern: In Phase 1 soll zunächst der Luftreinhalteplan für die Modellstadt Düsseldorf angepasst werden. In einem weiteren Schritt erhalten dann die Städte neue Luftreinhaltepläne, die aktuell beklagt werden.

keinen Flickenteppich zu schaffen, sondern ein einheitliches Vorgehen der Städte zu ermöglichen.“ Eine blaue Plakette, verbunden mit einer neuen beziehungsweise verschärften Umweltzone Ruhr wäre dann eine mögliche Lösung. „Unabhängig davon sehen wir als SPD-Fraktion weiterhin die Automobilindustrie in der Pflicht“, betont Monika Lührs, „nur mit technischen Nachrüstungen von älteren Dieselfahrzeugen kann ein sofortiger und nachhaltig effektiver Beitrag zur Luftreinigung geleistet werden.“



„Nur mit technischen Nachrüstungen von älteren Dieseln kann ein sofortiger und nachhaltiger Beitrag zur Luftreinigung geleistet werden.“

Monika Lührs, umweltpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion

ergänzen. Allerdings sollten wir auch weiterhin alles versuchen, Fahrverbote noch zu verhindern“, so Monika Lührs, umweltpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Dortmund. Das Land wird die Luft-

Schließlich werden auch die restlichen Kommunen abgearbeitet. Zu dieser letzten Kategorie gehört derzeit auch Dortmund. Monika Lührs: „Der SPD-Fraktion ist es dabei aber wichtig, gerade im Ruhrgebiet



Neu dabei: Andrew Kunter

Andrew Kunter wurde zum neuen Geschäftsführer der SPD-Ratsfraktion benannt. Ihn begrüßten die stellv. Vorsitzende der SPD-Fraktion Ulrike Matzanke (l.), Geschäftsführer Christian Uhr (2.v.l.), Vorsitzender Norbert Schilff (3.v.r.) sowie seine Stellvertreter Hendrik Berndsen und Renate Weyer im Rathaus. Zum 1. April übernimmt Andrew Kunter die Geschäftsführung der SPD-Fraktion im Rat. Der bisherige Geschäftsführer Christian Uhr wird zeitgleich sein neues Amt als Personal- und Organisationsdezernent der Stadt antreten. „Andrew Kunter genießt das Vertrauen der Ratsfraktion“, freut sich Fraktionsvorsitzender Norbert Schilff auf die Zusammenarbeit.“

Foto: SPD

SPD-Fraktion besucht FreiwilligenAgentur

Mit neuer Karte das Ehrenamt stärken

DORTMUND. „Wir haben einen sehr guten Einblick bekommen, wie die zentrale Anlaufstelle für engagierte Bürger in unserer Stadt arbeitet.“, berichtet der ordnungspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Dirk Goosmann. Die FreiwilligenAgentur versteht sich als kostenlose Kontakt- und Austauschbörse. „Das bürgerschaftliche Engagement ist sehr groß. Wir sind froh, mit der FreiwilligenAgentur eine so gut funktionierende Einrichtung zu haben, an der Organisationen, Vereine und Bürger zueinander finden.“

Ihr besonderes Augenmerk richtete die SPD-Fraktion auf die Einführung der NRW-Ehrenamtskarte in Dortmund. Dirk Goosmann: „Generell begrüßen wir diese Wertschätzung für die gesellschaftlich so wichtige Arbeit. Allerdings finden wir die Hürden für die Ausgabe der NRW-weiten Ehrenamtskarte sehr hoch und bürokratisch.“ So müssen mindestens fünf Wochenstunden ehrenamtlicher Arbeit nachgewiesen werden. Die SPD möchte die Anerkennung des bürger-

schaftlichen Engagements auf breite Füße stellen und unbürokratisch auch alle unterstützen, die nur wenige Stunden im Monat Zeit für ein Ehrenamt finden. „Die SPD-Ratsfraktion wird sich umfassend informieren, um eine gute Lösung zu finden und sich nicht vorschnell eine Lösung aufdrängen lassen.“ so Dirk Goosmann.

Die SPD-Fraktion hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich für die Stärkung des Ehrenamtes eingesetzt. Ohne freiwillige Helfer kann unsere Stadtgemeinschaft nicht funktionieren.

Noch einmal Dirk Goosmann: „Wir haben nicht nur die Erhöhung der Aufwandspauschalen für die Funktionsträger bei den Freiwilligen Feuerwehren auf den Weg gebracht. Auch die Arbeit der Schiedsleute wird durch eine angemessene Erhöhung wertgeschätzt. Dieses war lange überfällig. Die Verwaltung arbeitet derzeit an der Anpassung der Satzungen, damit die von der Politik beschlossenen Erhöhungen nun auch bei den Ehrenamtlern ankommen.“



Über das große ehrenamtliche Engagement der Dortmunder informierte sich SPD-Fraktion im Bürgerdienstes-Ausschuss bei der FreiwilligenAgentur. Foto: SPD

SPD-Fraktion pocht bei E.ON und RWE auf Garantie der Arbeitsplätze

DORTMUND. Der beschlossene Tausch von Gesellschaftsanteilen zwischen E.ON und RWE bei gleichzeitiger Auflösung der Innogy wirft bei der SPD-Fraktion im Rat der Stadt viele Fragen auf. Niemand kann zurzeit die Auswirkungen auf die in Dortmund ansässigen Innogy-Töchter und die Westnetz vorhersehen. Immerhin sind in Dortmund rund 3.000 Arbeitsplätze von der Fusion betroffen. Zudem ergibt sich die Frage, wie sich die zukunftsorientierte Zusammenarbeit in den Kommunalen Unternehmen, bisher mit RWE und dann mit E.ON, gestalten könnte.

Standortzusagen einhalten

„Wir verlangen, dass die Standortzusagen und Arbeitsplatzgarantien von RWE für Dortmund, die seit der Übernahme der VEW durch RWE gelten, eingehalten werden“, spricht sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Schilff für den Standort Dortmund aus und nimmt die Befürchtungen der betroffenen Beschäftigten vor Ort sehr ernst. Fraglich ist auch, wie sich das bisherige partnerschaftliche Verhältnis zwischen Dortmund und RWE auf kommunale Energietöchter wie die DSW21 und die DEW21 auswirkt. Sollte E.ON tatsächlich in die Anteile der DEW21 eintreten, säße in diesem Unternehmen zukünftig ein neuer Anteilseigner mit am Tisch.

3.000 Arbeitsplätze sind betroffen

„Die Entwicklungsstrategien von DEW21 in Dortmund und der Region dürfen nicht tangiert werden. Wir würden erwarten, dass ein neuer Anteilseigner weiter an einem Strang im Sinne des Unternehmens zieht. Dazu müsste sich E.ON auf die kommunale Philosophie unserer Unternehmen dringend einlassen“, so Norbert Schilff weiter. Die SPD-Mitglieder in den Aufsichtsgremien der betroffenen kommunalen Unternehmen werden in den nächsten Wochen und Monaten sehr genau darauf achten, welche Auswirkungen aus der Fusion zwischen RWE und E.ON für Dortmund entstehen.

Haushaltsausgleich im Blick

Neue Regierung hat mehr Mittel für Qualifizierung und Beschäftigung Langzeitarbeitsloser zugesagt



In die Infrastruktur investieren kann die Stadt dank eines genehmigten Haushalts. Schon vor 2021 sieht die SPD-Fraktion die Chance, dass Dortmund einen ausgeglichenen Haushalt hat. Foto: pixabay

DORTMUND. Die Bezirksregierung Arnsberg hat den Haushalt der Stadt für 2018 erneut genehmigt. „Dortmund bleibt damit handlungsfähig. Unser Einsatz und unsere Bereitschaft, wieder einmal mehr Verantwortung für den Haushalt zu übernehmen, zahlen sich aus. So kann es an vielen Stellen in der Stadt weiter voran gehen und in die städtische Infrastruktur investiert werden“, freut sich Heinz-Dieter Dütter, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion Dortmund.

Die Genehmigung des Haushaltes 2018 ist jedoch keine Lizenz zum unbeachteten Geldausgeben. Die SPD-Fraktion nimmt die Hinweise der Bezirksregierung ernst und wird sich weiterhin konstruktiv in die Ausgestaltung des Haushaltsmemorandums einbringen.

Die Stadt plant, aus eigenem Antrieb ab 2018 haushaltsverbessernde Maßnahmen in Höhe von 20 Mio. € zu erbringen. Ursprünglich waren nur 15 Mio. € vorgesehen.

Wie die Bezirksregierung sieht auch die SPD-Ratsfraktion die große Chance, in Dortmund möglichst vor 2021 zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen.

Heinz-Dieter Dütter: „Wichtig ist, dass Bund und Land die Finanznot der Städte weiter im Blick behalten und die Kommunen zunehmend auskömmlich finanzieren. Gemeinsam mit den eigenen Anstrengungen in Dortmund kann dann der Ausgleich in

greifbare Nähe rücken. Der Haushalt der Stadt wäre längst ausgeglichen, würden uns Bund und Land endlich von gesamtgesellschaftlichen Kosten entlasten.“

Der größte Kostenblock im Haushalt der Stadt Dortmund sind die Sozialausgaben. Umso wichtiger bleibt der Kampf gegen die Langzeitarbeitslosigkeit.

Die SPD-Fraktion setzt auf die Zusagen aus dem Koalitionsvertrag für die neue

SPD/CDU-Bundesregierung. Der Koalitionsvertrag enthält die Zusage, dass die Eingliederungsmittel für Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen wieder deutlich angehoben werden und der



Heinz-Dieter Dütter

„Aktiv-Passiv-Transfer“ zukünftig im Sozialgesetzbuch verankert wird. Das würde endlich dem Ansatz Rechnung tragen, dass die

Aktivierungsleistungen für langzeitarbeitslose Menschen an Bedeutung gewinnen. Im Rahmen der Flüchtlingsintegration bleibt die Landesregierung in der Pflicht, die Städte zu unterstützen und auch die Integrationspauschale des Bundes an die Städte vollständig durchzureichen.

Hier hat die Ratsfraktion große Zweifel, dass die Landesregierung Wort hält.



Impressum
Verantwortlich für den Inhalt:
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund
Christian Uhr | Fraktionsgeschäftsführer
Friedensplatz 1 | 44135 Dortmund
Tel.: 0231-5024380 | Fax: 0231-579147
fraktion@spd-fraktion-dortmund.de
www.spd-fraktion-dortmund.de

